

---

FDP Maintal

## **BÜRGERMEISTERIN MUSS SCHNELL KLARHEIT ZUM MAINTALBAD SCHAFFEN**

01.07.2023

---

### **Maintaler FDP bringt Dringlichkeitsantrag ein**

„Wir waren sehr überrascht über die Vorstellung des Energiekonzeptes im Ausschuss für kommunale Investitionsprojekte!“ nimmt der Fraktionsvorsitzende der FDP Thomas Schäfer die Information zu Kenntnis, dass nach Einschätzung der Planer weitere Kosten von wahrscheinlich 6 Mio. Euro oder mehr beim Neubau des Maintalbades entstehen werden. „Diese Mehrkosten sind im Haushalt nicht abgebildet und außerdem scheint die Förderung des Bundes für das Bad ohne dieses Konzept auf wackeligen Füßen zu stehen,“ fasst Thomas Schäfer die Erkenntnisse zusammen. Darauf war seiner Wahrnehmung nach keiner in dem Ausschuss außer der Bürgermeisterin vorbereitet. Dies schließt er jedenfalls aus den erstaunten Blicken, die sogar die restlichen Magistratsmitglieder hatten.

„Diese neue Information ist für uns Anlass, einen Dringlichkeitsantrag in die kommende Stadtverordnetenversammlung am Montag einzubringen,“ kündigt der FDP-Fraktionsvorsitzende einen entsprechenden Antrag an. Ziel des Antrags sei es, dass die Bürgermeisterin und der Magistrat einen umfassenden Statusbericht in der Stadtverordnetenversammlung vorlegen, der die Gesamtkostensituation einschließlich möglicher Baupreissteigerungen aufzeigt. „Wir wollen auch wissen, welche CO2-Einsparungen das entwickelte Energiekonzept ermöglicht und wie diese monetär zu bewerten sind,“ verdeutlicht Thomas Schäfer, dass es nicht darum gehe, pauschal den Klimaschutz zu verhindern, sondern ihn wirtschaftlich zu bewerten.

Mit ihrem Antrag will die FDP auch erreichen, dass der Magistrat aufzeigt, auf welche Elementen der Planung in einem ersten Bauabschnitt verzichtet werden kann, ohne dadurch die Grundfunktionalität des Familienbades gefährdet wird. Dies könnte

beispielsweise die Rutsche sein. „Wir müssen jetzt aufpassen, dass die Baukosten nicht ausufern und den Haushalt und damit die Bürger über Gebühr belasten,“ sieht Thomas Schäfer die Stadtverordnetenversammlung gefordert, sich mit der Lage zu befassen. Daher sollten seiner Meinung nach vorerst keine weiteren Ausschreibungen und Vergaben von Planungs- oder Realisierungsleistungen für den Neubau des Maintalbades erfolgen, bis die Stadtverordnetenversammlung über den Bericht beraten hat.